



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Gemeinsame Presseerklärung

Bad Arolsen, 15.04.2026

Bundestagung des Gemeinsamen Forstausschusses „Deutscher Kommunalwald“

„Waldstilllegung ist klimapolitischer Irrweg“

Kommunen warnen vor Fehlsteuerungen in der Klimapolitik

Auf der Frühjahrstagung des Gemeinsamen Forstausschusses der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ am 14.–15. April 2026 in Bad Arolsen bei der Waldeckischen Domänialverwaltung positionierten sich die kommunalen Waldbesitzer klar zum Umgang mit dem Wald im Klimawandel. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und der Deutsche Landkreistag (DLT) wenden sich gegen zunehmende Forderungen nach großflächigen Waldstilllegungen. Ebenso lehnen sie staatlich geförderte Programme zum Ankauf von Waldflächen durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit dem Ziel der Nutzungsaufgabe ab.

Hessens Forstminister Ingmar Jung betonte in seiner Keynote: *„Der Kommunalwald vereint wirtschaftliche Nutzung, ökologische Verantwortung und gesellschaftliche Erwartungen. Dafür leisten die kommunalen Waldbesitzer täglich enorme Arbeit. Die Vorgaben auf europäischer Ebene, wie etwa die Wiederherstellungsverordnung und die EUDR, sind in ihrer derzeitigen Ausgestaltung aber nicht praxistauglich. Sie schaffen darüber hinaus zusätzliche Bürokratie und sind nicht ausreichend finanziert. Wir brauchen stattdessen mehr Flexibilität, eine klare Finanzierung und Lösungen, die sich an den realen Bedingungen vor Ort orientieren. Nur so können wir unsere Wälder zukunftsfähig sichern.“*

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag des Waldexperten **Dr. Ralf Petercord**: *„Raus aus der Vorratsfalle – notwendiges waldbauliches Handeln“*. *„Die derzeitigen Holzvorräte in Deutschlands Wäldern sind insgesamt zu hoch und müssen reduziert werden, um Risiken zu senken und den Waldumbau zu ermöglichen“*, betonte **Petercord**. Hintergrund sei die zunehmende Gefährdung überalterter und strukturarmer Bestände durch Klimawandel, Trockenheit und Extremereignisse.

Stilllegung schwächt den Klimaschutz

Der Vorsitzende des Ausschusses, Moritz Petry (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz), widersprach ausdrücklich den Forderungen von Umweltverbänden, Waldflächen großflächig aus der Nutzung zu nehmen. Diese Argumentation greife zu kurz und verkenne zentrale Zusammenhänge des Kohlenstoffkreislaufs. Zwar könnten ungenutzte Wälder

Kohlenstoff speichern, doch sei diese Speicherleistung begrenzt. *„Mit zunehmendem Alter erreichen Bestände einen Gleichgewichtszustand, in dem keine zusätzliche CO₂-Bindung mehr erfolgt. Gleichzeitig steigt das Risiko großflächiger Schäden – mit der Folge einer plötzlichen Freisetzung erheblicher Mengen an CO₂“,* so Petry.

„Junge, wüchsige Wälder weisen die höchste Senkenleistung auf. Aktive Waldbewirtschaftung ist daher kein Gegensatz zum Klimaschutz, sondern eine zentrale Voraussetzung“, unterstrich Referent **Dr. Petercord**.

Holznutzung als Schlüssel zum Klimaschutz

Der Kommunalausschuss hob mehrheitlich hervor, dass der Klimabeitrag des Waldes nicht allein im stehenden Vorrat liegt, sondern vor allem im kontinuierlichen Zuwachs und in der Nutzung des Rohstoffs Holz. Durch die Verwendung von Holz in langlebigen Produkten – etwa im Bauwesen – wird Kohlenstoff langfristig gebunden und zugleich der Einsatz emissionsintensiver Materialien ersetzt. Der deutsche Wald entzieht der Atmosphäre derzeit jährlich rund 100 Millionen Tonnen CO₂ – etwa 15 Prozent der Gesamtemissionen.

Eine Politik, die die Nutzung einschränkt, gefährdet daher nicht nur die Anpassungsfähigkeit der Wälder, sondern auch die Erreichung der Klimaziele insgesamt – so der DStGB und der DLT.

Kritik an Förderprogrammen für Stilllegung

Besonders kritisch sehen beide Verbände staatliche Programme, die gezielt den Ankauf von Waldflächen zur Stilllegung fördern. Diese Eingriffe verzerren den Waldflächenmarkt, entziehen Flächen der nachhaltigen Bewirtschaftung und stehen im Widerspruch zu anderen klimapolitischen Zielen.

Der Beschlussvorschlag einiger Bundesländer zur Agrarministerkonferenz am 18. bis 20. März 2026 in Bad Reichenhall unterstreicht diese Bedenken: Eine dauerhafte Nutzungsaufgabe von Waldflächen sollte „nicht mit Fördermitteln unterstützt werden“, sondern allenfalls in begründeten naturschutzfachlichen Ausnahmefällen erfolgen.

Kritisch bewertet wird in diesem Papier zudem die zunehmende Etablierung paralleler Förderprogramme des Bundes. Diese führten zu Doppelstrukturen und zusätzlicher Bürokratie. Gefordert wird daher, den bewährten, von den Ländern umgesetzten Programmen wieder Vorrang einzuräumen und ergänzende Maßnahmen klar beim zuständigen Bundesressort für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zu bündeln.

Waldumbau braucht aktive Bewirtschaftung

Der kommunale Forstausschuss fordert folgerichtig eine konsequente Unterstützung des Waldumbaus hin zu klimaresilienten, strukturreichen Mischwäldern. Dazu gehören:

- gezielte Nutzung zur Risikoreduzierung
- frühzeitige Verjüngung der Bestände
- Förderung der Holzverwendung, insbesondere im Bauwesen

- Vermeidung von Kahlfleichen und Sicherung der Bodenfunktionen

„Wir müssen raus aus der Vorratsfalle und hin zu einer aktiven, klimagerechten Waldbewirtschaftung. Nur so können wir die Wälder stabilisieren, ihre Klimaschutzleistung erhalten und zugleich ihre vielfältigen Funktionen sichern“, fasste Petry die Forderungen der Kommunalwaldvertreter an die Politik zusammen.

Fazit der Tagung: Ideologie ersetzt keine Klimastrategie

Ein pauschaler Nutzungsverzicht ist kein geeignetes Instrument für wirksamen Klimaschutz. Erforderlich ist vielmehr ein ausgewogenes, wissenschaftlich fundiertes Waldmanagement, das Nutzung, Anpassung und Schutz sinnvoll miteinander verbindet.

Die waldbesitzenden Kommunen appellieren daher an die Politik, Fehlanreize durch Stilllegungsförderung zu beenden und stattdessen die aktive Bewirtschaftung als zentralen Bestandteil einer wirksamen Klimastrategie anzuerkennen.

Gemeinsamer Forstausschuss: Sprachrohr des Deutschen Kommunalwaldes

Der Gemeinsame Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“ ist die repräsentative Interessenvertretung waldbesitzender Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und das Sprachrohr des deutschen Kommunalwaldes. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städtetages.

Weitere Informationen: [Kommunalwald](#) | [DStGB](#)

Kontakt:

Deutscher Landkreistag, Dr. Markus Mempel, Pressesprecher, Tel.: 0 30/59 00 97-312

Deutscher Städte- und Gemeindebund, Alexander Handschuh, Pressesprecher, Tel.: 0 30/7 73 07-253